

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226
Fax: 02331 – 207 4335



BfHo
Die PARTEI



Frau Ruth Sauerwein
Vorsitzende des Seniorenbeirates
Im Hause

Hagen, 10. Mai 2022

Sehr geehrte Frau Sauerwein,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung des Seniorenbeirats am Donnerstag, 19. Mai 2022, zu setzen.

Öffnung der Toilette in der Hohenlimburger Innenstadt

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Toilettenanlage auf dem Neuen Marktplatz in Hohenlimburg während der Geschäftszeiten in der Hohenlimburger Fußgängerzone (wochentags 9.30 Uhr bis 18.30 Uhr, samstags 9.30 Uhr bis 13 Uhr) der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Begründung: Seitdem vor Jahren die Toilettenanlage im Pavillon Freiheitstraße/Preinstraße geschlossen wurde, gibt es in der Hohenlimburger Innenstadt kein öffentliches WC mehr. Dieser Umstand betrifft vor allem Senioren, die sich regelmäßig über eine fehlende Toilette beschweren und die Innenstadt deshalb teilweise gar nicht mehr aufsuchen.

Um die Fußgängerzone aufzuwerten und auch Senioren die Möglichkeit zum unbeschwerten Einkauf oder Bummeln zu geben, bedarf es einer öffentlichen Toilette. Deshalb bietet es sich an, das bereits in städtischem Besitz befindliche WC am Neuen Marktplatz, das bislang nur freitags zu Marktzeiten aufgesucht werden kann, generell während der Geschäftszeiten (s. o.) für die Besucher der Hohenlimburger Innenstadt zu öffnen.

Probleme mit der Barrierefreiheit gäbe es bei dieser ebenerdigen Anlage nicht, da die Behindertengerechtigkeit bereits vor Jahren hergestellt wurde. Die Kosten bei diesem öffentlichen WC würden sich auf Unterhalt und Reinigung beschränken.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Böcker

Sprecher der Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
im Seniorenbeirat der Stadt Hagen

Antrag an den Seniorenbeirat

Parken auf Fahrradwege und das Fahren auf Gehwegen und in der Innenstadt

Beschlussfassung:

1. Der Seniorenbeirat bittet die Bezirksvertretungen dafür Sorge zu tragen, dass die Fahrradwege nicht zugeparkt werden.
2. Der Seniorenbeirat bittet die Bezirksvertretung Mitte dafür Sorge zu tragen, dass Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer in der Innenstadt vom Märkischen Ring bis zur Konkordiastraße nicht fahren.
Daher sollte von der Mittelstraße/Märkischer –Ring bis zur Konkordiastraße und an allen Straßeneinmündungen in die Mittel jeweils ein Hinweisschild: Fahrradfahrer bitte absteigen aufgestellt werden.

Begründung:

Zu 1.

Laut Straßenverkehrsordnung dürfen Autos nicht auf Fahrradwegen abgestellt werden. Für alle Fahrradfahrer*innen, ob groß oder ob klein ist es ein Unfallschwerpunkt. Das ist schnellstens zu beseitigen. Aber leider ist das schon seit vielen Jahren eine Unart, die nur selten geahndet wird. Vermutlich wird das aus Personalmangel stillschweigend geduldet. Das „Knöllchen“ wird möglicherweise zwar bezahlt, aber leider wird weiterhin auf vielen Fahrradwegen geparkt. Wer ist eigentlich zurzeit dafür verantwortlich, dieses Fehlverhalten zu kontrollieren. Immer wieder taucht die Frage auf, ist das Ordnungsamt oder die Polizei zuständig. Hierzu scheint wohl keine Einigkeit zu herrschen.

Zu 2.

Es gibt Fahrradfahrer*innen, die auf den Fußwegen fahren, die rücksichtslos und verbotener Weise durch die Innenstadt fahren oder die ihre Fahrräder einfach so abstellen, dass sie die Fußgänger*innen gefährden. Wer ist eigentlich zurzeit dafür verantwortlich, dieses Fehlverhalten zu kontrollieren.
Auch hier sollte zügig die Zuständigkeit geklärt und dann endlich kontrolliert werden. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Fahrradfahrer*innen in der Innenstadt vom Märkischen Ring bis zur Konkordiastraße und auf den Gehwegen nicht fahren.

Verantwortlich für den Text: Gerd Homm, Mitglied des Seniorenbeirats

Arbeitskreis ÖPNV/Mobilität im Seniorenbeirat

Antrag an den Seniorenbeirat

Lösungen zur Beseitigung des Parkdrucks in den Bezirken suchen

Beschlussfassung:

1. Der Seniorenbeirat bittet die Bezirksvertretungen Lösungen zur Beseitigung des Parkdrucks in den Bezirken suchen

Begründung:

Der Parkdruck in den Straßen der Bezirke wird immer größer. Für viele Anwohner*innen wird es immer schwieriger, einen Parkplatz in der Straße ihres Wohnbereichs zu finden. Viele Firmenfahrzeuge und Anhänger werden einfach in den Quartieren abgestellt. Durch den erhöhten Parkdruck sind vermehrte Parksuchverkehre in den Quartieren entstanden. Das birgt ein erhöhtes Risiko für Jung und Alt und belastet auch noch zusätzlich die Umwelt. Um zukünftig für die Anwohner*innen mehr Parkmöglichkeiten zu schaffen, müssten die abgestellten Firmenfahrzeuge aus den Straßen verschwinden. Das würde bedeuten, dass durch weniger Firmenfahrzeuge in den Straßen auch die Wohnqualität des Umfeldes sich erhöht.

Es ist beobachten, dass in der letzten Zeit viele Parkplätze immer öfter durch Firmenfahrzeuge belegt werden. Da auch die Mitarbeiter*innen eigene Fahrzeuge besitzen und diese dann auch in den Straßen abgestellt werden, ist die Parkplatzkapazität in vielen Straßen einfach zu wenig. Dadurch ist in den Quartieren der Parkdruck deutlich gestiegen. Das könnte man schnellstens ändern, wenn die Firmenfahrzeuge auf den Firmengeländen abgestellt werden müssten. Die Mitarbeiter*innen müssten dann vielleicht mit dem ÖPNV nach Hause fahren oder es sollten Fahrgemeinschaften gebildet werden. Der Arbeitgeber könnte den Mitarbeitern*innen das Ticket 1000 oder ein Firmen-Ticket bezahlen.

Dabei hat der Arbeitgeber/Unternehmer auch gewisse Vorteile. Er spart durch diese Maßnahme für seine Fahrzeuge Benzinkosten, der Abrieb der Reifen wird weniger, die Abnutzung der Fahrzeuge wird geringer und das Fahrzeug hat eine längere Lebensdauer.

Die Verantwortung liegt nun bei den Arbeitgebern*innen, um Verständnis bei dem Arbeitnehmer*innen für die Maßnahme – Firmenfahrzeuge werden nur noch auf dem Firmengelände abgestellt – zu werben.

Die Entlastungen des Parkdrucks und die Vermeidung von Parksuchverkehre in den Wohngebieten und in den einzelnen Straßenzügen sollte daher auch politisch geplant und umgesetzt werden.

Für eine einheitliche Regelung müsste dann seitens der Politik Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Gerd Homm
Sprecher
AK-ÖPNV/Mobilität